Thema: LSBTIQ*-feindlicher Hasskriminalität entgegenwirken

Frage: *Welche Maßnahmen planen Sie, damit Polizei/Staatsanwaltschaften queerfeindliche Gewalt besser erkennen, aufklären und Betroffene schützen können? (Landesweite Einrichtung von AP LSBTIQ* bei Polizei / Staatsanwaltschaften / Bund-Länder-Programm)*

CDU

Als CDU verurteilen wir Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie homo- und transphober Straftaten auf das Schärfste. Wir wollen, dass jede Person gewaltfrei und ohne Diskriminierung ihr oder sein Coming-Out bekannt machen kann und lieben kann, wen er oder sie lieben möchte. Wir wissen um die steigenden Zahlen von Gewalttaten gegen queere Menschen und werden konsequent dagegen vorgehen und auf der anderen Seite den Opferschutz stärken. Daneben werden wir einen Fokus auf das Erkennen und Erfassen von Hasskriminalität setzen. Dabei werden wir bestehende Ansprechpersonen wie die Zentralen Ansprechstelle LSBTIQ* der Landespolizei Schleswig-Holstein weiter stärken und auch Anlauf-stellen für Betriebe und Unternehmen ausbauen. Auch ist das Themenfeld LSBTIQ* in der Aus- und Fortbildung unserer Sicherheitsbehörden ein fester Teil der Ausbildung geworden.

SPD

Aufklärungs- und Unterstützungsprojekte in den Bereichen queerer Identitäten wollen wir stärken. Dafür wollen wir gemeinsam mit Interessenvertreter*innen den Landesaktionsplan „Echte Vielfalt“ fortführen und erweitern, um Cis- und Heterosexismus zu bekämpfen. In der Landespolizei sind die Werte einer vielfältigen Gesellschaft bereits in der Aus- und Fortbildung Gegenstand der Vermittlung des Leitbildes der Landespolizei. Der Schutz aller potentiell von Hasskriminalität und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffenen Menschen ist darüber hinaus ein Ziel, dass wir u.a. mit der Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes, aber auch präventiv verfolgen werden. Wir wollen z. B. die Mittelvergabe für öffentliche Politikförderung an das Kriterium der Diversität koppeln.

Bündnis 90 / Die Grünen

Wir sind sehr stolz darauf, dass Schleswig-Holstein schon seit einiger Zeit eine Ansprechstelle LGBTIQ* bei der Polizei hat. Wir haben weiterhin in unserem Wahlprogramm mehrere Maßnahmen vorgesehen, um insb. auch queerfeindlicher Hasskriminalität (Hate Crime) etwas entgegen zu setzen. So wollen wir einen Schwerpunkt auf den Kampf gegen Cybermobbing setzen: Dazu sollen Polizei und Staatsanwaltschaften effektiver zusammenarbeiten und besonders geschulte Ansprechpersonen bei der Polizei ausgebildet werden, um Opfern die Ansprache zu erleichtern. Wir wollen außerdem eine digitale Gewaltschutzambulanz und dass Hasskriminalität deutlicher in der Polizeiliche Kriminalitätsstatistik dargestellt werden. Wir wollen außerdem, dass die Polizei einen Schwerpunkt auf die Präventionsarbeit und Bekämpfung von Gewaltdelikten gegen Frauen, inter*, nicht-binäre und trans*Personen setzt. Wir wollen Justiz und Polizei diskriminierungs-sensibler fortbilden und diverser aufstellen.

FDP

Wir Freie Demokraten treten für eine Gesellschaft ein, in der jede und jeder unabhängig von Herkunft, Aussehen, Religion oder politischen Ansichten frei leben und sich frei äußern kann.

Menschenrechte, Meinungsfreiheit und der Schutz von Minderheiten sind für unser Zusammenleben unverzichtbar. Wir Freie Demokraten machen uns daher stark für unsere freiheitliche Gesellschaft und gegen Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus und Homophobie. Wir werden daher gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit umfassend bekämpfen, unabhängig von der genauen Ausprägung. Daher werden wir uns unter anderem für eine bundesweit einheitliche Erfassung LSBTIQ-feindlicher Straftaten durch die Polizei und für einen Nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit einsetzen, der Diskriminierungen, Beleidigungen und Gewalt wirksam entgegentreten soll, unter anderem durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Polizei und Justiz.

SSW

Wir fordern in unserem Wahlprogramm ein Bund-Länder-Programm gegen LSBTIQ*-feindliche Gewalt. Dieses soll Präventionsmaßnahmen sowie Konzepte für die Fort- und Weiterbildung von Polizei und Justiz und die Unterstützung von Opferhilfeeinrichtungen beinhalten.

Die Linke

DIE LINKE setzt sich für die umfassende Unterstützung von Präventionsprojekten und Organisationen ein, die sich mit der Hilfe für Gewaltopfer beschäftigen. Die Strafverfolgung von queerfeindlicher Gewalt muss stärker verfolgt und geahndet werden als bisher. Hasskriminalität gegen queere Menschen, Communities oder ihre Unterstützer*innen muss landesweit erfasst und strafrechtlich verfolgt werden. Die Selbsthilfe und Aufklärungsprojekte der LSBTIQ*-Communities müssen unterstützt und gefördert werden, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen.

Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD steht uneingeschränkt zu den Werten, die sich aus Grundgesetz und Landesverfassung ergeben, daher ist gegen jedwede Form der Kriminalität entschieden vorzugehen, deren Motivation sich aus der Ablehnung aufgrund sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten speist. Das deutsche Strafrecht kennt jedoch keine gesondert als Hassdelikte zu qualifizierenden Straftaten, insofern kann den Strafverfolgungsbehörden hier auch keine gesonderter Aufgabenschwerpunkt im Bereich der Verfolgung von LSBTIQ-feindlicher Hasskriminalität zugewiesen werden. Ansprechstellen in der Landespolizei Schleswig-Holstein gibt es bereits seit 2018, zudem ist die Landespolizei längst in ausreichendem Maße sensibilisiert, so dass eine Ausweitung dieser Thematik nach unserer Auffassung nicht erforderlich ist.